

Stand: 04.02.2026 08:50:08

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/5711

"Umbesetzung im Ältestenrat"

Vorgangsverlauf:

1. Mitteilung 19/5711 vom 11.03.2025
2. Plenarprotokoll Nr. 44 vom 11.03.2025



Mitteilung
des Bayerischen Landtags

Umbesetzung im Ältestenrat

Anstelle von Frau GÜLSEREN DEMIREL ist

Frau Stephanie Schuhknecht

stellvertretendes Mitglied im Ältestenrat.

Landtagsamt

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Geschäftliches

(Beginn: 14:01 Uhr)

Präsidentin Ilse Aigner: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 44. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich eine Reihe von Glückwünschen aussprechen: Am 28. Februar konnte Kollege Julian Preidl einen runden Geburtstag begehen. Heute haben gleich drei Kollegen Geburtstag: unser Vizepräsident Alexander Hold, unser Kollege Thomas Holz und der Kollege Johannes Meier. Allen Geburtstagskindern heute und nachträglich alles Gute zum Geburtstag!

(Allgemeiner Beifall)

Ich freue mich ganz besonders, unsere Freunde aus unserem Partnerparlament, der Nationalversammlung in Québec, unter der Leitung von Frau Präsidentin Nathalie Roy und in Begleitung der Generaldelegierten von Québec in München, Frau Geneviève Rolland, auf der Ehrentribüne hier in München herzlich willkommen zu heißen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich will dazu noch ein paar Takte sagen: Der Austausch mit Québec hat wirklich eine lange Tradition. Die Partnerschaft zwischen unseren beiden Parlamenten besteht nun schon seit 26 Jahren. Es ist das 15. Mal, dass sich die Gemischte Parlamentarische Kommission trifft und tagt. Sie ist von unserer Seite aus mit den Mitgliedern des Präsidiums besetzt. Gemeinsam werden wir in den nächsten Tagen ein sehr hochkarätiges Arbeitsprogramm absolvieren, nämlich mit Diskussionen zu den Wahlen hier bei uns, aber auch zu den Wahlen in Kanada, zum Umgang mit der neuen US-Administration oder dem russischen Krieg in der Ukraine. Wir führen Fachdiskussionen zur Medienkompetenz von Jugendlichen und zum Katastrophenschutz. Wir schauen uns Großprojekte der TUM an. Gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium feiern wir den Tag der Frankophonie.

Wir durchleben zurzeit sehr schwierige internationale Beziehungen. Da sind neue Unsicherheiten durchaus auch gewollt – einerseits als Verhandlungsstrategie und andererseits als Teil der Kriegsführung. Umso wichtiger ist es, sich auf Freunde verlassen zu können. Wir glauben nicht, dass es guttut, wenn jeder nur den Nutzen für sich selbst maximiert. Wir sind der festen Überzeugung, dass Freiheit und Freundschaft Werte an sich sind und dass beide Seiten in einer Freundschaft auf Augenhöhe profitieren können. Mir ist diese Freundschaft über die Jahre wirklich sehr ans Herz gewachsen. Die Wertschätzung und Zuwendung zwischen Québec und Bayern, zwischen der Nationalversammlung und dem Landtag, sind wirklich außergewöhnlich. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich heiße Sie noch einmal ganz herzlich hier im Bayerischen Landtag willkommen. Es ist mir eine große Ehre.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie bitten, sich zu einem Gedenken von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 5. März ist im Alter von 76 Jahren Manfred Jena verstorben. Er gehörte dem Bayerischen Landtag zwischen 1982 und 1986 an und vertrat die SPD im Wahlkreis Oberbayern. Er war Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden sowie Mitglied im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes. Als Diplom-Rechtspfleger arbeitete Manfred Jena im Justizdienst und war bis zu seinem vorläufigen Ausscheiden aus dem aktiven Staatsdienst Personalratsvorsitzender beim Amtsgericht München. Über Jahrzehnte war er in verschiedensten Funktionen in der Gewerkschaft "Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr" tätig. Nach seinem Ausscheiden aus dem Bayerischen Landtag kehrte er in den Justizdienst zurück. Manfred Jena brachte in seinem Leben Gesetzgebung und Rechtspflege sehr professionell zusammen. Der Bayerische Landtag trauert mit seinen Angehörigen und wird Manfred Jena ein ehrendes Gedenken bewahren. –

Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Bevor wir jetzt fortfahren, muss ich auf eine Aussage des Abgeordneten Oskar Lipp aus der letzten Plenarsitzung zurückkommen. Dieser hat im Rahmen des Tagesordnungspunktes 15, Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion "Frieden in der Ukraine: Abschaffung der Gasspeicherumlage und Wiederaufnahme günstiger Gasimporte – jetzt!" Folgendes geäußert: "Meine Damen und Herren, Sie wollen weiterhin den Endsieg."

Wie Sie sicherlich noch wissen, hat Vizepräsident Markus Rinderspacher in diesem Zusammenhang einen Ordnungsruf ausgesprochen und sich ausdrücklich die nachträgliche Verhängung eines Ordnungsgeldes durch das Präsidium vorbehalten. Das Präsidium ist zwischenzeitlich zu einer Sitzung zusammengekommen und dabei nach eingehender Beratung zu dem Schluss gekommen, dass die Äußerungen des Abgeordneten Lipp eine erhebliche Verletzung der Ordnung und Würde des Landtags darstellen, für deren Ahndung auch nach Abwägung mit der verfassungsrechtlich verbrieften Redefreiheit der Abgeordneten und dem freien Mandat ein Ordnungsruf nicht mehr ausreicht. Im Einvernehmen mit dem damals sitzungsleitenden Herrn Vizepräsidenten Markus Rinderspacher hat das Präsidium daher übereinstimmend entschieden, den gegenüber dem Abgeordneten Oskar Lipp ausgesprochenen Ordnungsruf durch ein nachträgliches Ordnungsgeld in Höhe von 1.000 Euro zu ersetzen.

Der Begriff "Endsieg" wurde im Zweiten Weltkrieg, insbesondere in der letzten Phase des Krieges, als eine Beschwörungsformel der NS-Propaganda verwendet. Er implizierte dabei nicht nur den militärischen Sieg Deutschlands, sondern war darüber hinaus stark mit der rassistischen Ideologie des Nationalsozialismus verbunden, insbesondere mit der Idee der rassischen Überlegenheit der deutschen bzw. der arischen Herrenrasse.

Dass ein solcher Begriff heute wieder in einem deutschen Parlament Verwendung findet, stellt aus Sicht des Präsidiums eine nicht hinnehmbare verbale Entgleisung

dar. Ein solches Gebaren verstößt fundamental gegen die grundlegenden Prinzipien der deutschen Erinnerungskultur als Teil der bayerischen Staatsräson; denn die Arbeit des Landtags basiert auf Respekt, demokratischer Ordnung und der historischen Verantwortung für die NS-Verbrechen.

Dass der Begriff "Endsieg" gerade im Kontext des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine verwendet wurde, kommt vor dem Hintergrund der historischen Bedeutung zudem einer Täter-Opfer-Umkehr gleich. Die Täterrolle von Russland als Aggressor wird verschleiert, während die Ukraine als eigentliches Opfer, das um seine territoriale Integrität und seine nationale Existenz kämpft, in die Rolle des Aggressors gerückt wird. Die Behauptung, andere im Landtag vertretene Fraktionen und Abgeordnete wollten durch die Unterstützung der Ukraine weiterhin den "Endsieg" herbeiführen, beinhaltet damit nicht nur eine bewusste Provokation, sondern auch eine grobe Herabwürdigung der angesprochenen Personen.

Bei der Festlegung der Höhe des Ordnungsgeldes hat das Präsidium dem Abgeordneten zugutegehalten, dass gegen ihn in der Vergangenheit noch keine Ordnungsmaßnahme verhängt werden musste. Erschwerend berücksichtigt wurde dagegen, dass die Äußerung des Abgeordneten nicht wie eine impulsive Spontanäußerung wirkte. Zwischenzeitlich hat der Abgeordnete in einem Schreiben sogar eingeräumt, den Begriff "Endsieg" bewusst gewählt zu haben, wobei ihm – so schreibt er selbst – selbstverständlich bewusst war, dass dieser Begriff emotional hoch aufgeladen ist. Hierdurch wiegt seine Formulierung aus Sicht des Präsidiums umso schwerer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich appelliere an Sie alle, auch in bewegten und sehr schwierigen Zeiten Ihre Redebeiträge so zu gestalten, dass sie dem Ansehen und der Würde unseres Hohen Hauses entsprechen. In diesem Sinne hoffe ich auf eine konstruktive und sachliche Debatte in der Zukunft.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in den TOP 1 einsteigen, wird gemäß § 14 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung noch bekannt gegeben, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als stellvertretendes Mitglied im Ältestenrat die Kollegin Stephanie Schuhknecht anstelle der Kollegin Gülseren Demirel benannt hat.

Außerdem weise ich darauf hin, dass unter den Tagesordnungspunkten 3 und 4 wieder zwei Wahlen mit der Namenskarte stattfinden. Sie kennen das Prozedere. Ich bitte Sie, Ihre Stimmkartentaschen abzuholen.